

Nr. 6131/J

1994 -02- 23

~~II-12685~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. Ilona Graenitz
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Maßnahmen zur Abfallvermeidung

Die von der ARA aufgrund der Verpackungsverordnung organisierte Sammlung und Verwertung von getrennten Abfällen zeigt wenige Monate nach ihrer Installierung bereits gravierende Mängel in Bezug auf Kostenkalkulation und Finanzierung. Bislang wurde jedoch immer davon ausgegangen, daß – bei allen Schwierigkeiten, die die Umsetzung mitsichbringt – eine Verringerung der insgesamt anfallenden Abfallmenge erreicht werden kann.

Dieses könnte sich nun als Irrtum herausstellen:

Die Stadt Linz veröffentlichte in einer Pressekonferenz am 18. Februar d. J. eine Statistik, aus der hervorgeht, daß sich zwar die Restmüllmenge von 40.940 Tonnen (1992) um 4,05 % auf 39.283 Tonnen (1993) verringert hat, gleichzeitig ist aber die Gesamtmüllmenge von 61.132 Tonnen (1992) um 7,02 % auf 65.423 Tonnen (1993) gestiegen. Daraus kann man schließen, daß mehr Verpackungsmaterial angefallen ist. Die Verringerung des Restmülls resultiert aus der Zunahme der sortenreinen Trennung von Altstoffen (Papier, Metall, Glas, Textilien). Der Altstoffanteil an sich betrug 1993 bereits 22 % bezogen auf die Gesamtmüllmenge. Dieser steigende Trend, der schon seit etlichen Jahre zu beobachten ist, beweist das hohe Umweltbewußtsein der Linzer Bevölkerung.

Durch die Zunahme der Gesamtmüllmenge wurde aber das vorrangige Ziel des Abfallwirtschaftsgesetzes – die Abfallvermeidung – verfehlt, was in Linz umso verwunderlicher erscheint, da die Stadt seit Jahren ein ökologisch ausgerichtetes öffentliches Beschaffungswesen hat und ein auf den städtischen Raum zugeschnittenes Abfallwirtschaftskonzept, das auch Betriebe umfaßt.

Offensichtlich verfehlen die bisher vom Umweltressort gesetzten Maßnahmen zur Abfallwirtschaft das Ziel des Paragraphen 1 des Abfallwirtschaftsgesetzes, nämlich die Vermeidung.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

A n f r a g e:

1. Sind Ihnen die Linzer Daten bekannt?
2. Gibt es vergleichbare Statistiken aus anderen Städten oder Bundesländern?
3. Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach zusätzlich notwendig, um Abfallvermeidung zu erreichen?
4. Überlegen Sie Änderungen bisheriger Verordnungen?
5. Welche Möglichkeiten haben Sie vorgesehen, den Erfolg der Verpackungsverordnung – insbesondere die Vermeidung von Verpackung – zu kontrollieren?
6. Gibt es bereits Vorarbeiten dazu?